



INES CLAUS

VORSITZENDE DER CDU-FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 350 532
Telefax (0611) 350 555
i.claus@ltg.hessen.de
www.cdu-fraktion-hessen.de

Herr oder Frau

per Mail:

XXXXXXXXXXXX@yahoo.com

Wiesbaden, den 16.02.2021

Drogenhandel und Legalisierung

Sehr geehrte Frau oder Herr XXXXXXXX

haben Sie vielen Dank für Ihre E-Mail vom 4. Februar, in der Sie für eine zielorientierte Teillegalisierung von Cannabis werben. Da Sie leider keinen Namen verwandt haben, musste ich diese etwas unpersönliche Anrede nutzen.

Lassen Sie mich in der Sache zunächst unterstreichen, dass der übermäßige Konsum und die Abhängigkeit von Alkohol und Drogen zu erheblichen Schädigungen der Gesundheit führt. Süchtigen muss daher geholfen werden, um sie vor gesundheitlichen Schäden zu schützen. Der Gesundheitsschutz der Betroffenen steht jederzeit im Vordergrund. Die Suchthilfe- und Drogenpolitik in Hessen wird getragen von den Säulen Prävention, Beratung und Behandlung, Ausstiegshilfen und Schadensminimierung sowie Repression und Angebotsreduzierung. Insbesondere Prävention und Angebotsreduzierung kommt dabei eine hohe Bedeutung zu, denn vorrangiges Ziel muss es sein, den Einstieg in den Drogenkonsum zu verhindern.

In Ihrer E-Mail führen Sie an, dass eine Teillegalisierung des Cannabisverkaufs sowohl den Handel auf dem Schwarzmarkt reduzieren als auch der „Qualitätssicherung“ dienen würde. Einige Beispiele anderer Länder widerlegen das allerdings. Nehmen Sie zum Beispiel die Entwicklung in Kanada: Die dortige Regierung hat Cannabis legalisiert. Trotzdem bezog nicht einmal jeder dritte Konsument Cannabis ausschließlich aus legalen Quellen. Die übergroße Mehrheit kauft weiterhin auf dem Schwarzmarkt, weil die Drogendealer den Preis einfach reduziert haben, um weiterhin attraktiv für Kunden zu sein.

Worin wir übereinstimmen ist, dass der Einsatz von medizinischem Cannabis bei entsprechender Indikation durchaus sinnvoll sein kann. Doch derartige Entscheidungen werden auf Bundesebene gefällt, nicht auf Landesebene. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat diesem Aspekt

Rechnung getragen, indem sie sich im Jahr 2017 im Zuge der Änderung des Gesetzes für betäubungsmittelrechtliche und anderer Vorschriften dafür eingesetzt hat, dass die Möglichkeit zur Behandlung von Patienten mit Cannabisarzneimitteln erweitert wird. Mehr noch: Das Gesetz sieht vor, dass die Behandlungsdaten anonymisiert gesammelt und ausgewertet werden. Im März 2022 werden voraussichtlich Ergebnisse vorliegen. An Hand dieser wird die Bundesregierung das Gesetz noch einmal nachjustieren. Denn es gibt in Deutschland große Hürden in der Verschreibung, Erstattung und Herstellung von Cannabinoidarzneimitteln. Daher ist jetzt schon abzusehen, dass es einen einheitlichen Rechtsrahmen und eine vereinfachte Verordnungsfähigkeit von Cannabinoiden braucht. Gleichzeitig braucht es weitere Forschung, um die Potenziale von Cannabinoiden noch besser zu verstehen und ausschöpfen zu können.

Aber auch wir können auf Landesebene unseren Teil dazu beitragen. Sollten sich hessische Städte zu einem Modellversuch „Cannabis“ zusammenschließen und eine entsprechende Genehmigung durch das Bundesamt für Arzneimittel und Medizinprodukte erhalten, wird das Land diesen Modellversuch gesundheitspolitisch begleiten.

Lassen Sie mich einen weiteren Aspekt Ihres Schreibens aufgreifen, in dem Sie anführen, dass die „Gefährlichkeit des Drogenkonsums“ in der Schule in den Fokus gerückt werden sollte. Das ist bereits der Fall. Der Suchtprävention kommt an hessischen Schulen eine besondere Bedeutung zu. Hauptanliegen der Suchtprävention ist hierbei, die Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen so zu stärken, dass sie verantwortungsbewusst und risikokompetent mit den vielfältigen Konsumangeboten, mit denen sie alltäglich konfrontiert sind, umgehen können. Es gibt drei Handlungsbereiche im Schulbetrieb, für die es extra ausgebildete Beratungslehrer für Suchtprävention gibt:

1. Die universelle Suchtprävention, mittels der alle Schülerinnen und Schüler angesprochen und gestärkt werden.
2. Die selektive Suchtprävention, welche sich an bestimmte Risikogruppen zum Beispiel hinsichtlich konkreter Suchtmittel in bestimmten Jahrgangsstufen richtet.
3. Die indizierte Suchtprävention, welche schließlich einzelne Personen mit riskantem Verhalten in den Blick nimmt.

Zum Schluss möchte ich gerne auf das Vorgehen der hessischen Polizei gegen Drogenhandel und -kriminalität zu sprechen kommen. Am Beispiel von Frankfurt möchte ich Ihnen darlegen, dass wir in Hessen „No-Go-Areas“ oder gar rechtsfreie Räume nicht dulden. So gibt es beispielsweise seit Oktober 2017 eine 120 Frauen und Männer umfassende Einheit der hessischen Polizei, die für die Sicherheit der Bevölkerung im Frankfurter Bahnhofsviertel im Einsatz ist. Die Einheit ist hessenweit die größte operative Dienststelle, was unseren Einsatz gegen die Drogenkriminalität unterstreicht. Mit einer starken Präsenz und gezielten verdeckten Maßnahmen machen wir Dealern und anderen Kriminellen klar, dass der Staat keine „No-Go-Areas“ duldet.

In diesem Sinne verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

